

*Rede des Präsidenten des Europäischen Parlaments Antonio Tajani vor dem Europäischen Rat
am 9./10. März 2017*

1. Einsetzung ins Amt

Ich wurde auf der Grundlage einer klaren Verpflichtung gewählt: das Sprachrohr des Europäischen Parlaments zu sein und nicht sein „Premierminister“. Ich möchte dem Rat den Standpunkt des Parlaments darlegen und dabei auch die Meinungen der Minderheit vertreten.

Mein Programm ist das Programm des Parlaments. Wir müssen wirksam daran arbeiten, gute Rechtsvorschriften zu verabschieden, die im Interesse aller Bürger sind.

Ich werde mit Nachdruck die faire und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Organen fördern. Das Parlament wird Teil der Lösung sein, nicht Teil des Problems.

Einen Beitrag dazu zu leisten, Europa den Bürgern wieder näher zu bringen: Das hat für mich als Präsident oberste Priorität.

Wir alle müssen dringender denn je unser Möglichstes tun und unsere Aufgaben so gut wie irgend möglich erfüllen. Wenn wir nur anderen Organen oder Regierungen die Schuld zuschieben für das, was nicht funktioniert, können wir keine gemeinsamen Lösungen erarbeiten. Diese Aufgabe verlangt politischen Mut und Weitblick.

Der weitverbreitete Unmut richtet sich nicht so sehr gegen das europäische Projekt, sondern vielmehr gegen seine derzeit nur eingeschränkte Fähigkeit, Lösungen für die Probleme zu finden. Die wichtigsten Anliegen der Europäer – Arbeitslosigkeit, Sicherheit, Einwanderung, Umweltschutz – müssen ganz oben auf unserer Tagesordnung stehen.

Vor wenigen Wochen hat das Parlament das Abkommen mit Kanada gebilligt. Gleiches gilt für den Auftrag, das neue System für den Emissionshandel festzulegen. Dies sind konkrete Beweise für ein Europa, das auf Ergebnisse ausgerichtet ist.

2. Tagesordnungspunkte des Europäischen Rates

Mehr Wettbewerbsfähigkeit für Europa

Damit die Arbeitslosigkeit – und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit – gesenkt werden kann, brauchen wir ein wettbewerbsfähigeres Europa, das mehr Augenmerk auf die Realwirtschaft legt. Auch hier muss jeder Einzelne seinen Beitrag leisten. Die Organe der Europäischen Union müssen dafür sorgen, dass die Arbeiten an der Großbaustelle Binnenmarkt zügiger abgeschlossen werden, und die Mitgliedstaaten müssen die Reformen durchführen, die für das Wachstum erforderlich sind.

Der Binnenmarkt ist die wichtigste Triebkraft für den Wohlstand unserer Bürger. Sein Potenzial wird jedoch noch nicht voll ausgeschöpft.

Es müssen nur noch einmal sämtliche Kräfte mobilisiert werden, damit der europäische Dienstleistungs-, Kapital- und Energiemarkt Wirklichkeit wird. Durch Investitionen in die Energieeffizienz können zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch beim freien Warenverkehr gibt es nach wie vor noch einige Barrieren.

Wir brauchen so schnell wie möglich den digitalen Binnenmarkt. Ohne eine europäische Dimension laufen wir Gefahr, dass die Vorteile für die Bürger und Verbraucher eingeschränkt werden. Ein großer, barrierefreier Raum ist Grundvoraussetzung, damit Startup-Unternehmen in einer sich schnell verändernden Welt mit neuen Geschäftsmodellen wachsen können. Außerdem muss die europäische Kreativität gefördert werden, und zwar unter anderem durch den umfassenden Schutz des geistigen Eigentums.

Das Parlament leistet bereits seinen Beitrag: Wir haben gerade die Abschaffung des Roamings in Europa gebilligt, und die Diskussionen über die Digitale Agenda sind in vollem Gang, ebenso das Energiepaket und die Kapitalmarktunion.

Wir sind fest entschlossen, die Fortschritte in diesen Bereichen zu beschleunigen.

80 % der Innovation und der Ausfuhren hängen von der Industrie ab, ebenso wie ein Großteil der Beschäftigung, auch im Dienstleistungssektor. Deshalb muss unsere Politik in erster Linie darauf ausgerichtet sein, die industrielle Basis in Europa zu stärken.

Unsere Unternehmer sind weltweit führend, was die Exzellenz betrifft. Überall auf der Welt steht Europa für qualitativ hochwertige Erzeugnisse. Das schlägt sich in Arbeitsplätzen nieder. Es liegt daher voll und ganz in unserem Interesse, die Öffnung der Märkte auch weiterhin mit Überzeugung zu unterstützen.

Europa muss mehr denn je darauf achten, auf dem Weg zu einer offenen Gesellschaft und zum freien Handel unter Einhaltung der Vorschriften den Kurs zu halten.

Das kürzlich mit Kanada geschlossene Abkommen ist ein gutes Beispiel für eine Wirtschafts- und Handelspartnerschaft, die Arbeitsplätze schafft und den europäischen KMU die Ausfuhr erleichtert. Mit dem Abkommen werden nicht nur Barrieren abgebaut, sondern auch die europäische Qualität und die hohen Gesellschafts-, Gesundheits- und Sicherheitsstandards gewahrt.

In den kommenden Monaten müssen wir weiter auf dieses Ziel hinarbeiten, vor allem mit Japan, Mexiko, Chile und dem Mercosur.

Die Handelspolitik muss intelligent umgesetzt werden. Dazu müssen die Industrie und die Dienstleistungen gestärkt werden, und es muss entschieden gegen unlauteren Wettbewerb in jeglicher Form vorgegangen werden.

Das Parlament setzt sich dafür ein, die Dossiers zu den Handelsschutzinstrumenten so schnell wie möglich abzuschließen. Wir arbeiten daran, noch vor dem Gipfeltreffen mit China ein politisches Abkommen zu erzielen.

Nach vielen Jahren hat in allen Mitgliedstaaten das Wachstum wieder begonnen, allerdings von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat auf sehr unterschiedliche Weise.

Die Arbeitslosigkeit, und insbesondere die Jugendarbeitslosigkeit, bleiben jedoch in vielen Gebieten hoch. Die wirtschaftliche Konvergenz ist noch nicht ausreichend.

In einigen Gebieten der Union nehmen die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zu. Wenn wir wollen, dass Europa wettbewerbsfähiger wird und darüber hinaus in der Lage ist, das Modell der sozialen Marktwirtschaft auch künftigen Generationen zu gewährleisten, müssen wir die Instrumente für die Steuerung unserer Wirtschaft stärken.

Das Europäische Semester muss wirksamer und demokratischer werden. Der Reformprozess scheint noch nicht auszureichen, damit die vielen Hemmnisse beseitigt werden können, die das Wachstum behindern: hohe Einkommens- und Unternehmenssteuern, ineffiziente öffentliche Verwaltungen, eine Berufsausbildung, die nicht immer der Nachfrage entspricht, eingeschränkte Investitionen in Infrastrukturen und Forschung

Die Mitgliedstaaten müssen daher bei der Festlegung und der tatsächlichen Durchführung der notwendigen Reformen stärker in die Verantwortung genommen werden.

Im Hinblick darauf hat das Europäische Parlament vor Kurzem drei Berichte genehmigt, in denen die Gelegenheit aufgezeigt wird, die Parlamente der einzelnen Mitgliedstaaten stärker an der Gestaltung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang möchte ich der Kommission für ihre jüngsten Bemühungen danken.

Wir müssen auch künftig darauf hinwirken, mehr Anreize für Investitionen zu schaffen. Das Parlament unterstützt die Aufstockung der Mittel für die Investitionsoffensive der Kommission und wird sich dafür einsetzen, dass diese Aufstockung angenommen wird.

Verteidigung

Wenn die Sicherheit und die Verteidigung der Europäer sichergestellt werden sollen, müssen wir mehr denn je ein stärkeres kollektives Verantwortungsbewusstsein zeigen.

Das Parlament unterstützt die Schaffung einer europäischen Verteidigungsindustrie und eines europäischen Verteidigungsmarktes, damit die Größenvorteile genutzt und die Interoperabilität und die gemeinsame Forschung gefördert werden. Damit wird die Grundlage für eine europäische Verteidigung geschaffen, deren Maßnahmen wirksamer sind und deren Ressourcen effizienter investiert werden.

Wenn wir besser zusammenarbeiten wollen, müssen wir für mehr Koordinierung sorgen, die Synergien ausschöpfen und Doppelarbeit und Überkapazitäten vermeiden.

Immigration

Die Immigration ist eine der Hauptsorgen der Europäer. Die bisher gefassten Beschlüsse müssen umgesetzt werden.

In La Valletta haben Sie die außenpolitischen Aspekte der Immigration erörtert. Dabei ging es vor allem um die Stabilisierung der Lage in Libyen.

Das Recht auf Asyl ist ein Grundwert unserer Union, von dem wir nicht ablassen dürfen. Dies gilt auch für die Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander. Das Parlament arbeitet derzeit mit der Reform der Dublin-Verordnung an einer wirksameren Gestaltung des Asylsystems.

Wir müssen gleichermaßen streng sein, wenn es gilt, diejenigen aufzunehmen, die tatsächlich Anspruch auf Asyl haben, oder diejenigen abzuweisen, die illegal einwandern wollen.

Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschenhändler oder Terroristen die Migrationsströme in der Hand haben. Es bedarf einer entschiedenen europäischen politischen Initiative, mit der nicht nur die Grenzkontrollen verstärkt werden, sondern die das Problem an der Wurzel packt.

Wenn wir die Rückführung von Immigranten erleichtern und beschleunigen und den Migrationsdruck mindern wollen, brauchen wir eine widerstandsfähige politische, parlamentarische, wirtschaftliche und kulturelle Diplomatie. Europa muss alle Instrumente nutzen, die ihm zur Verfügung stehen.

Wenn wir dieses epochale Phänomen tatsächlich in den Griff bekommen wollen, das mit dem demografischen Wandel, dem Klimawandel, Terrorismus, Krieg und Armut einhergeht, brauchen wir eine gemeinsame Strategie. Wir müssen unsere Bemühungen im Hinblick auf die Länder des südlichen Mittelmeerraums und in Afrika südlich der Sahara – insbesondere in der Sahelzone – verstärken.

Was wir brauchen, sind mehr Investitionen, auch von privater Seite, und die Weitergabe von Fachwissen über Sicherheit, Infrastrukturen, saubere Energie, Industrie, Unternehmertum, Aus- und Weiterbildung und Verwaltungskapazitäten.

Der Vorschlag der Kommission, einen europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung in Afrika einzurichten – den das Parlament noch vor dem Sommer genehmigen will –, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Gleiches gilt für die Initiative der Kommission, die EU-Missionen im Rahmen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Das Parlament arbeitet bereits an diesem Aspekt.

Allgemeiner betrachtet brauchen wir ein neues Konzept für unsere traditionelle Entwicklungspolitik, gerade im Zusammenhang mit der Überprüfung des Cotonou-Abkommens.

Das Parlament beschäftigt sich momentan mit der Vereinheitlichung der Reisedokumente für die Rückführung sowie mit der Initiative Intelligente Grenzen, damit die Grenzüberquerungen an den Außengrenzen des Schengen-Raums schneller und sicherer registriert werden.

Alle Dossiers zu diesen Themen haben absoluten Vorrang. Ich bin überzeugt, dass der maltesische Ratsvorsitz intensiv darauf hinarbeiten wird, dass die laufenden Verhandlungen abgeschlossen werden.

Westlicher Balkan

Die Europäische Union war in der Vergangenheit ein Vorbild für viele Länder, und das muss sie auch künftig für alle Länder des westlichen Balkans sein. In einigen dieser Länder gibt es besorgniserregende Anzeichen hinsichtlich der Stabilität und des demokratischen Prozesses.

Auch hier muss Europa die Führungsposition einnehmen, wichtigster Bezugspunkt bleiben und große Einheit an den Tag legen.

Das Europäische Parlament setzt sich ohne Einschränkungen für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit diesen Ländern ein. Ihr Beitritt zur Europäischen Union bleibt unser Ziel.

Europäische Staatsanwaltschaft

Ich möchte Sie zu Ihrer Arbeit für die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft beglückwünschen.

3. Zukunft Europas – Jahrestag

Heute wird uns mehr denn je bewusst, was die europäische Einheit bedeutet. Europa darf nicht geschwächt werden, es muss verändert werden. Sämtliche Organe müssen alles daran setzen, die Antworten zu geben, die die Bürger von uns erwarten.

Das wird uns nur dann gelingen, wenn wir zusammenarbeiten und versuchen, die Beweggründe des jeweils anderen zu verstehen.

Das Parlament möchte einen starken Beitrag dazu leisten, Brücken zum allgemeinen Interesse der Völker Europas zu schlagen, denn dadurch erwachsen oft mehr Vorteile für alle Staaten als bei einer Beschränkung auf das Bemühen, bei der Summe der einzelnen nationalen Interessen den kleinsten gemeinsamen Nenner zu finden.

Es gibt nur einen Weg, um gegen Populismus vorzugehen: Wir müssen mit Tatsachen beweisen, dass wir gemeinsam an einer Union der Ergebnisse arbeiten.

Die Feierlichkeiten anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge stehen bevor. Dabei darf es sich nicht nur um eine formelle Feierlichkeit handeln, bei der die besten sechzig Jahre der Geschichte des freien Europas gefeiert werden.

Europa ist eine Erfolgsgeschichte: Es ist ein Traum von Fortschritt, Wohlstand, Freiheit und Frieden, der Wirklichkeit geworden ist. Ich glaube nicht, dass wir Europäer nicht mehr träumen wollen. Es liegt jetzt an uns, das Bild eines abstrakten, ineffizienten, bürokratischen Europas zu verändern. Wir müssen in den Menschen wieder die Begeisterung für Europa entfachen und das Gefühl wecken, Teil eines großen Projekts zu sein. Es gibt kein besseres Erbe, das wir den künftigen Generationen hinterlassen können.

Bei meinen ersten Begegnungen mit einigen von Ihnen in Brüssel, Rom, La Valletta, Madrid, Berlin und Ljubljana habe ich gespürt, dass auch Sie bereit sind, diese Richtung einzuschlagen.

Die Diskussion über die Zukunft der EU, die mit der Abstimmung über die drei Berichte des Parlaments – Verhofstadt, Bresso / Brok und Berés / Böge – und mit der Präsentation des Weißbuchs der Kommission angeregt wurde, wird zeigen, was diese Bereitschaft in der Praxis bedeutet.

Sie können sich auf mich und auf das Parlament verlassen.